

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 08.02.2010

Gründung eines landeseigenen Altlastenfonds in Niedersachsen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

In Niedersachsen gibt es über 100 000 Altlast-Verdachtsflächen, die mit chemischen oder radioaktiven Abfällen eine gravierende Bedrohung für Mensch und Umwelt bedeuten. Dieses - zum Teil jahrzehntelang verschleppte - Problem muss jetzt endlich im Interesse der Betroffenen einer Lösung zugeführt werden. Für diese Problemlösung ist auch das Land Niedersachsen in der Pflicht, da es noch keine befriedigenden Regelungen im Umgang mit Altlasten und deren Verursachern gibt und derzeit oftmals, wie beim Beispiel de Haen in Hannover, unbeteiligte Grundeigentümer damit belastet werden. Als Vorbild für eine Lösung dienen Altlastenfonds-Beispiele aus Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder auch der Schweiz. Dort erhalten von Altlasten betroffene Anwohner, die zuvor nichts von diesen Altlasten gewusst haben, tatkräftige Hilfe aus landeseigenen Altlastenfonds. Dies ist in Niedersachsen bisher nicht der Fall.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. der Region Hannover als zuständige untere Bodenschutzbehörde außerplanmäßig Mittel in Höhe von 1 Million Euro zur Verfügung zu stellen, die für die Sanierung der privaten Flächen auf der Altlast De-Haen-Platz in Hannover eingesetzt werden sollen,
2. mit dem Bund und den anderen Bundesländern zu einem gemeinsamen bundesweiten Altlastenfonds für bewohnte Altlasten zu gelangen und entsprechende Schritte (beispielsweise eine Bundesratsinitiative) einzuleiten,
3. die Initiative zur Errichtung eines landeseigenen Altlastenfonds zu ergreifen, der später bei der Realisierung eines Altlastenfonds auf Bundesebene in diesen als niedersächsischer Beitrag eingebracht werden kann.

Begründung

Auf einigen Altlasten sind in der Vergangenheit leichtfertig und anscheinend ohne jegliche Prüfung von den zuständigen Planungs- und Aufsichtsbehörden Bebauungspläne ausgewiesen und eine Wohnbebauung realisiert worden. Die Bewohnerinnen und Bewohner der belasteten Gebiete wurden beim Kauf der Grundstücke in der Regel nicht über die Altlasten und die von ihnen ausgehenden Gefahren informiert.

Ein besonders gravierendes Beispiel einer bewohnten Altlast ist seit Monaten Gegenstand der Berichterstattung in den Medien - die ehemalige Chemiefirma de Haen, die im Hannoveraner Stadtteil List Anfang 1900 chemisch und radiologisch belastete Flächen zurückgelassen hat. In den 50er-Jahren hat die Landeshauptstadt Hannover dort eine Wohnbebauung zugelassen.

Die Nutzerinnen und Nutzer um den De-Haen-Platz in Hannover-List haben die Bürgerinitiative „Gegen Altlasten in der List“ gegründet; Ziel ist die sorgfältige Sanierung der belasteten öffentlichen und privaten Flächen. Sie sehen allerdings nicht ein, dass Region und die Landeshauptstadt Hannover sie auf dem Großteil der Kosten der notwendigen Sanierungsmaßnahmen sitzen lassen wollen. Sie haben sich daher am 28. August 2009 mit einer entsprechenden Petition an den Niedersächsischen Landtag gewandt (Eingaben-Nr.: 01308/09/16), die am 8. Februar 2010 im Ausschuss behandelt wurde. Zur Verringerung der Belastung der Betroffenen sollen aus dem Haushaltsplan

für das Haushaltsjahr 2010 Mittel in Höhe von 1 Million Euro zur Verfügung gestellt werden. Finanziert werden diese Mittel durch eine Umschichtung aus den Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen (Einzelplan 08 Kapitel 50 84). Öffentliche Äußerungen aus der niedersächsischen Landespolitik zeigen, dass der „Fall de Haen“ auf breiter Ebene zu einem Umdenkungsprozess führt. Bundes- oder landesweite Altlastenfonds sind kein Tabuthema mehr. Aber selbst, wenn sich jetzt im Landtag eine Mehrheit für einen Altlastenfonds ergeben würde, käme das wahrscheinlich für die Betroffenen in Hannover-List zu spät. Deshalb muss als erster Schritt auch vom Land Niedersachsen geholfen werden.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin